

KLEINE ANFRAGE

der Abgeordneten Anne Shepley, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Angebote über Bundes- und Landesliegenschaften zur Unterbringung von
geflüchteten Menschen an die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern**

und

ANTWORT

der Landesregierung

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat sowohl im April 2022, im Oktober 2022 als auch im Februar 2023 den Ländern Hilfe bei der Unterbringung geflüchteter Menschen in Form der Bereitstellung von Bundesliegenschaften zur Ertüchtigung als Erstaufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünfte angekündigt.

1. Welche Immobilien und Grundstücke hat nach Kenntnis der Landesregierung die Bundesregierung vom 1. Januar 2022 bis 15. März 2023 der kommunalen Ebene in Mecklenburg-Vorpommern zur Nutzung für die Unterbringung von geflüchteten Menschen angeboten (bitte tabellarisch nach Art der Liegenschaft (Grundstück/Gebäude), Größe in Quadratmeter, Landkreis oder kreisfreie Stadt, Ort und potenzieller Kapazität auflisten)?

Im vorgegebenen Zeitraum hat die Bundesverwaltung die nachfolgend aufgeführten zwei Objekte angeboten. Diese Angebote hat die Landesregierung an die Kommunen weitergegeben. Direkte Angebote von der Bundesverwaltung an die Kommunen sind der Landesregierung nicht bekannt.

Nr.	Grundstück/Gebäude	Größe/Kapazität	Landkreis
1	Freifläche im Gewerbegebiet Herrenhufenerstraße 17489 Greifswald	Flächengröße nicht bekannt, mögliche Kapazität unbekannt	Vorpommern- Greifswald
2	ehemaliges Materialdepot der Bundeswehr Boeker Landstraße 2 17248 Rechlin	drei Gebäude mit einer Gesamtfläche von 6 879 qm, mögliche Kapazität unbekannt	Mecklenburgische Seenplatte

2. Welche Immobilien und Grundstücke hat die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern vom 1. Januar 2022 bis 15. März 2023 der kommunalen Ebene zur Nutzung für die Unterbringung von geflüchteten Menschen angeboten (bitte tabellarisch nach Art der Liegenschaft (Grundstück/Gebäude), Größe in Quadratmeter, Landkreis oder kreisfreie Stadt, Ort und potenzieller Kapazität auflisten)?

Im vorgegebenen Zeitraum bestanden Kontakte zwischen der Staatlichen Bau- und Liegenschaftsverwaltung im Geschäftsbereich des Finanzministeriums und der kommunalen Ebene, teilweise unter Einbeziehung des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung, zu folgenden landeseigenen Liegenschaften:

Nr.	Grundstück/Gebäude	Größe/Kapazität	Landkreis/Stadt
3	Ehemaliges Amt für Landwirtschaft Garthofstraße 17 - 19 18461 Franzburg	Gebäudefläche 1 248 qm, circa 210 Personen	Vorpommern-Rügen
4	Möllner Straße 11 Haus 3 und 4 18109 Rostock	Gebäudefläche 5 383 qm, 320 bis 640 Personen	Hanse- und Universitäts- stadt Rostock
5	Möllner Straße 12 18109 Rostock	Gebäudefläche 3 600 qm, mögliche Kapazität unbekannt	Hanse- und Universitäts- stadt Rostock
6	Wismarsche Straße 8 18057 Rostock	Gebäudefläche 1 162 qm, mögliche Kapazität unbekannt	Hanse- und Universitäts- stadt Rostock
7	Ehemalige Fachschule für Landwirtschaft Tollenseheim 6 17094 Groß Nemerow	Gebäudefläche circa 3 000 qm, mögliche Kapazität unbekannt	Mecklenburgische Seenplatte
8	Unbebaute Teilflächen der Polizeiliegenschaft Fritz-Reuter-Straße 17 19205 Gadebusch	noch nicht bestimmt	Nordwestmecklenburg
9	Unbebaute Fläche Friedrich-Wolf-Straße 21 a, b 23966 Wismar	Grundstücksfläche circa 7 500 qm, mögliche Kapazität unbekannt	Nordwestmecklenburg

3. Welche der in den Antworten zu den Fragen 1 und 2 genannten Angebote wurden durch die kommunale Ebene angenommen und warum (bitte tabellarisch nach Annahmegrund, Art der Liegenschaft (Grundstück/Gebäude), Größe in Quadratmeter, Landkreis oder kreisfreie Stadt, Ort und potenzieller Kapazität auflisten)?

Es gibt (noch) keine geschlossenen Nutzungsverträge. Es fanden aber in allen Fällen gemeinsame Besichtigungen der Liegenschaften statt.

4. Welche der in den Antworten zu den Fragen 1 und 2 genannten Angebote wurden durch die kommunale Ebene abgelehnt und warum (bitte tabellarisch nach Ablehnungsgrund, Art der Liegenschaft (Grundstück/Gebäude), Größe in Quadratmeter, Landkreis oder kreisfreie Stadt, Ort und potenzieller Kapazität auflisten)?

Nr.	Ergebnis der Prüfung der Möglichkeit zur Nutzungsüberlassung durch den jeweiligen Landkreis
1	Der Landkreis hat mitgeteilt, dass eine Nutzung des Grundstücks aufgrund von Schadstoffbelastungen und einer damit verbundenen ungeklärten Gefährdungslage nicht in Betracht kommt.
2	Der Landesregierung ist noch kein abschließendes Ergebnis der Prüfung durch den Landkreis bekannt.
3	Der Landkreis hat mitgeteilt, dass der Unterbringungsbedarf an anderer Stelle gedeckt werden konnte.
4 bis 7	Die Liegenschaften seien laut Stadt und Landkreis zeit- und kostenintensiv, teilweise auch infrastrukturell (insbesondere Medienanschlüsse) herzurichten. Deshalb wurde davon Abstand genommen. Zudem wurde der umfassende Liegenschaftskomplex in der Möllner Straße in Rostock (Nummern 4 und 5) mit der am 30. Juni 2022 in Kraft getretenen Vereinbarung an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben veräußert, um dort eine Aus- und Fortbildungsstätte für die Bundeszollverwaltung ansiedeln zu können.
8 und 9	Zu den Liegenschaften in Gadebusch und Wismar sind die erforderlichen Prüfungen und Abstimmungen zwischen den Beteiligten noch nicht abgeschlossen.